S 31 R 177/23 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Niedersachsen-Bremen
Sozialgericht	Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 31 R 177/23 ER
Datum	06.10.2023

2. Instanz

Aktenzeichen	L 12 R 126/23 B ER
Datum	21.12.2023

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Beschwerde der Antragstellerin gegen den Beschluss des Sozialgerichts Bremen vom 6.10.2023 wird als unzulässig verworfen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Beschwerdeverfahren nicht zu erstatten.

Gründe

I.

Die Antragstellerin wendet sich mit ihrer Beschwerde gegen einen Beschluss des Sozialgerichts (SG) Bremen, mit dem es ihren Antrag abgelehnt hat, die Antragsgegnerin im Wege einer einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihr einen Betrag in Höhe von 400,00 € zu zahlen.

Die Antragstellerin bezieht von der Antragsgegnerin seit Juli 2020 eine Regelaltersrente in Höhe von anfangs 168,58 €/Monat abzgl. der Beitragsanteile zur Kranken- und Pflegeversicherung. Daneben bezieht sie Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII. Laut

Aktenvermerk der Antragsgegnerin vom 19.10.2023 teilte ihr die Antragstellerin an diesem Tage telefonisch mit, Geld für einen Flug nach Brasilien zu wollen. Erst sei die Rede von 400,00 €, dann von 10.000,00 € gewesen. Die Antragsgegnerin erklärte, diesem Begehren nicht entsprechen zu können.

Mit Schriftsatz vom 5.9.2023, beim SG eingegangen am 6.9.2023, hat die Antragsgegnerin sinngemäß erklärt, eine Sofortzahlung von 400,00 € zu begehren. Eine nähere Begründung des geltend gemachten Anspruchs ist trotz ausdrücklicher Aufforderung des SG nicht erfolgt. Die Antragsgegnerin hat erwidert, das Begehren der Antragstellerin sei nicht nachvollziehbar.

Mit Beschluss vom 6.10.2023, der Antragstellerin ausweislich der Zustellungsurkunde am 11.10.2023 zugestellt, hat das SG den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt. Es hat erklärt, der Antrag sei bereits unzulässig, weil kein Rechtsschutzbedarf ersichtlich sei. Es sei völlig unklar geblieben, worauf sich ein Anspruch auf 400,00 € gründen solle.

Am 4.12.2023 hat die Antragstellerin Beschwerde eingelegt. Zur Begründung hat sie auf ihr erstinstanzliches Vorbringen verwiesen. Sie hat erklärt, trotz des Hinweises des Urkundsbeamten auf die abgelaufene Beschwerdefrist auf der Aufnahme der Beschwerde zu bestehen.

Die Antragstellerin beantragt,

den Beschluss des SG Bremen vom 6.10.2023 aufzuheben und die Antragsgegnerin zu verpflichten, ihr sofort 400,00 € zu überweisen.

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Beschluss des SG Bremen vom 6.10.2023 aufzuheben und die Antragstellerin zu verpflichten, ihr sofort 400,00 € zu überweisen.

die Beschwerde als unzulässig, hilfsweise als unbegründet, zurückzuweisen.

Ä

Sie macht geltend, die Antragstellerin habe keine neuen Gesichtspunkte vorgetragen. Im Übrigen dürfte die Beschwerdefrist abgelaufen sein.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird auf den Inhalt der Gerichts- und der elektronischen Verwaltungsakte der Antragsgegnerin erwiesen.

II.

Die Beschwerde der Antragstellerin ist bereits nicht statthaft. Nach [§ 172 Abs. 3 Nr. 1 SGG](#) ist die Beschwerde in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ausgeschlossen, wenn in der Hauptsache die Berufung der Zulassung bedürfte.